

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
 Vierteljahr 3,00 M., monatlich 1,00 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 1,00 M., einjährig 10,00 M., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Westpreußen, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Rumänien 2,00 M., für das übrige Ausland 2,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Dein Welt“ und der Beilage „Stellung und Kämpfe“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montage einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
 Die achtspaltigen Standardzeilen kosten 1,50 M. „kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 1,00 M. (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Schließensanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeit 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abend.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Redaktion Worinplatz 15195-97
 Expedition Worinplatz 11753-54

Montag, den 22. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Worinplatz 11753-54

Unsere Aufgaben.

Das großzügige Referat, das der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Otto Wels, am Sonntag auf dem Brandenburger Bezirkstag über die politische Lage hielt, gewinnt dadurch an Bedeutung, daß darin zum ersten Male seit dem Auseinandergehen des Reichstages von berufener und führender Seite unserer Partei zu den hochwichtigen Ereignissen Stellung genommen wurde, die auf allen Gebieten der Politik sich in der Zwischenzeit vollzogen haben, bzw. die im Werden begriffen sind.

Die außenpolitische Lage faßte Wels dahin zusammen, daß die Konferenz des Obersten Rates und wohl in noch stärkerem Maße die Ereignisse und Zwischenfälle, die der Pariser Konferenz vorangegangen waren, ein deutliches Zeichen dafür waren, daß das deutsche Volk langsam beginnt, wieder festen Boden unter den Füßen zu gewinnen: dieses erfreuliche Ergebnis verdankt Deutschland nicht zuletzt der sozialdemokratischen Partei und ihrem entschlossenen Opfer vom 10. Mai d. J. Auf Grund einer eingehenden Schilderung der interfraktionellen Verhandlungen bei der Bildung des Annahmefabinetts, die manche bisher in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt gewordene Einzelheit enthält, bezeichnete Wels als das Unglück der deutschen Politik, daß es ein wirklich demokratisches Bürgertum in Deutschland nicht gibt, wie es sich immer deutlicher seit der Revolution erwiesen habe. Innerpolitisch bekamte sich Wels, im Gegensatz zu manchem parteigenösslichen Kritiker, zu der gegenüber der Deutschen Volkspartei von den Fraktionen im Reichstage und im preussischen Landtage eingenommenen ablehnenden Haltung. Er bezweifelt sehr, daß der Kurs Stegerwald von längerer Dauer sein könnte. Im übrigen sind jetzt die Führer der bürgerlichen Koalitionsparteien über die in den weitesten Kreisen unserer Parteigenossen herrschende Stimmung und über die unabsehbaren Folgen einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes in Preußen unterrichtet. In der Tat ist die freiwillige Aufbürdung einer ungeheuren Verantwortungslast durch unsere Partei unvereinbar mit deren gleichzeitiger systematischer Ausschaltung aus den Regierungsgeschäften im größten deutschen Bundesstaat.

Bei der Besprechung der Steuervorlagen bekannte sich Wels zu der vom „Vorwärts“ eingenommenen Kampfstellung, und er empfahl den Delegierten insbesondere die Verbreitung der scharfen Kritiken, die unser gestriger Artikel „Unzulängliche Besteuerungen“ an den Entwürfen übt.

Ueber die Einigungsfrage betonte Wels, daß es im Vorstand der SPD., wie auch in der ganzen Partei, niemanden gibt, der sich nicht nach der Wiedervereinigung der Arbeiterklasse sehne. Auch sei es bekannt, daß in der USP. der geistige Umschwung seit einigen Monaten stetige Fortschritte mache. Wegen die Kommunisten komme indessen nur härtester Kampf in Frage. Die kommunistische Partei erfülle die ganze Welt mit ihrem Geschrei, in Wirklichkeit sei ihre reale Macht ganz unbedeutend: in ganz Berlin-Brandenburg zähle sie kaum 20 000 Mitglieder!

Auf die Frage der Programmreform übergehend, wies Wels die Angriffe auf den Parteivorstand als gänzlich haltlos zurück, da lediglich die Programmkommission die Verantwortung für diese Arbeit trage; im übrigen aber empfahl Wels eindringlich gewissen Kritikern, etwas weniger Wortradikalismus und etwas mehr Achtung vor der Arbeit hochangesehener und verdienter Parteigenossen an den Tag zu legen.

Den Schluß des zweistündigen Referats des Genossen Wels bildete ein anfeuernder Aufruf zum Schutze der Republik, ein begeistertes Bekenntnis zu den schwarz-rot-goldenen Farben des einheitlichen deutschen Volksstaates, die wir neben unserem internationalen Wahrzeichen, der roten Fahne, im Kampfe gegen die monarchistische und militaristische Reaktion siegreich durchsetzen wollen und werden.

Stürmischer Beifall der Delegierten begrüßten diesen entschlossenen Kampfaufruf. Wir lassen die Darlegungen des Genossen Wels an dieser Stelle ausführlicher folgen:

Die fünfzig Jahre der vergangenen Parteidiskussion waren der Agitation gewidmet. Nach der Revolution aber mußten wir uns den praktischen Fragen der Produktion zuwenden und heute müssen wir uns auch sehr sorgfältig mit der auswärtigen Politik beschäftigen. Schon der Vertrag von Versailles zwingt uns dazu. Aber wir sind gebunden und können Politik nur von einem Tag zum andern treiben. Die Unsicherheit ist der einzige politische Faktor, mit dem wir rechnen können.

Wir haben das Ultimatum unterzeichnet als Konsequenz der seit dem Zusammenbruch betriebenen Politik. Wir haben es unterzeichnet wegen der Erhaltung des Ruhrreviers und Oberschlesiens. Wir haben oft genug darauf aufmerksam gemacht, daß

Oberschlesien zum Wetterwinkel Europas

Wir haben uns bei der Regierungsbildung im Reich bemüht, die Regierung auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Das war sehr schwer, nachdem am 6. Juni durch das Vergessen des Volkes die reaktionären Einflüsse gestärkt worden sind. Redner schilderte das Verhalten der Deutschen Volkspartei und der Demokraten bei der Regierungsbildung anlässlich der Annahme des Ultimatums. In diesen Tagen zeigte sich das

ganze Elend der deutschen Politik.

Nie dürfen wir vergessen, daß Herr Stresemann zu dem Vertreter einer auswärtigen Regierung, gegen die er den Haß nicht genug schüren konnte, gegangen ist, um über die Bedingungen zu verhandeln, unter denen die Deutsche Volkspartei die Regierung übernehmen könnte. Wie hätte der deutschvölkische und deutschnationalistische Blätterwald gerauscht, wenn ein Sozialdemokrat das getan hätte? Würdepolitik wäre das mindeste gewesen, was man uns dann vorgeworfen hätte.

Es hat noch keine Koalition gegeben, die so lange gehalten hätte, wie der Versailler Vertrag es verlangt. Und jetzt schien ja die Entente Oberschlesiens wegen ernsthaft gefährdet.

Wahrhaft „revolutionär“ ist die Aenderung der Ansichten. Noch im Jahre 1915 war der polnische Sozialdemokrat Dąziński beim deutschen Parteivorstand und schlug vor, durch Konventionen

Polen an das Preußen der Hohenzollern anzuschließen.

Wir sollten diesen Wunsch bei der deutschen Regierung unterstützen. Frankreich hat ein Interesse daran, daß neben den Millionen, die es in Rußland verloren hat, nicht auch noch die Millionen verloren gehen, die es zur Errichtung der polnischen Militärmacht ausbezahlt hat. Ich bin überzeugt, daß es gelingen kann, die ober-schlesische Frage so zu lösen, daß Deutschland und Polen dabei befriedigt werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat heute in einem Leitartikel über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika berichtet. Es ist bedauerlich, daß die bürgerliche Presse aus reiner Sensationsgier oft genug über Dinge schreibt, die in Vorbereitung sind und sehr delikate behandelt werden müssen.

Auf dem Gebiete der inneren Politik streifte der Redner die Demokratisierung der Verwaltung, die anzustreben ist, ob wir in der Regierung sind oder nicht, und behandelte denn die Regierungsbildung in Preußen. Daß wir in Preußen aus der Regierung ausgeschlossen sind, entsprach durchaus den Anschauungen des größten Teils der Parteigenossen.

Es fragt sich aber, ob der Kaffeler Beschluß von den Parteigenossen immer richtig ausgelegt worden ist. Im übrigen wird sich der Bödeliger Parteitag mit diesen Dingen beschäftigen. Ich habe die Ueberzeugung, daß wir in Preußen zu einer Umwidmung der Regierung kommen werden, bevor wir Neuwahlen haben.

Bei den Steuern ist daran zu erinnern, daß der Versailler Vertrag leider auf das Erfurter Programm gar keine Rücksicht genommen hat (Steuerfreiheit), und daß unsere Steuern so schwer sein müssen als wie die eines jeden Staates, der im Wiedergutmachungsausschuß vertreten ist. Die Reichstagsfraktion hat erklärt, daß neue indirekte Steuern erst dann in Frage kommen können, wenn die direkten Steuern nach unseren Forderungen ausgebaut werden. Ich empfehle zu diesem Punkt die Annahme folgender

Resolution:

Der Bezirksparteitag der sozialdemokratischen Partei für die Provinz Brandenburg erklärt, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern in dieser Art für die sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Bezirksparteitag wünscht, im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms, die Neuwahl des Reichstages.

Durch Befragung des Volkes soll dann festgestellt werden, welche Steuer das deutsche Volk tragen kann. Der Parteitag verkennt durchaus nicht die Notwendigkeit der Gesundung des Geld- und Finanzwesens. Wir müssen aus der Unsicherheit unseres Geldwesens herauskommen und der Vermehrung der papierernen Zahlungsmittel ein Ende bereiten. Wir müssen Ordnung in den Reichshaushalt bringen und die der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Um diesen auch im Interesse der Arbeiter liegenden Aufgaben zu genügen, ist die sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen. Aber sie muß fordern, daß zuvor die bestehenden Klassen in besonders einschneidender Weise zur Steuerleistung herangezogen werden, so daß die Steuerpflichtigen des Besitzes der künftigen Steuerreform den Stempel ausdrücken.

Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus: Nur eine Beteiligung der Allgemeinheit an den Vermögenswerten der Landwirtschaft und der Industrie, des Handels und der Banken ist imstande, die Einkünfte an der Quelle zu erfassen und bietet die nicht mehr umgehbare Sicherheit ihres Aufkommens. Nur eine solche Beteiligung stellt auch einen Ausgleich für die ungeheuren Konjunkturgewinne dar, die durch den Abbau der Zwangswirtschaft vor allem dem ländlichen Produzenten in den Schoß fallen. Außerdem leitet nur eine solche unmittelbare Anteilnahme an der Substanz der Wirtschaft selbstständig auch einen angemessenen Bruchteil an den künftigen Mehrgewinnen in die Hand der Allgemeinheit.

Daher muß die Zustimmung zu dem Finanzprogramm der Regierung davon abhängig gemacht werden, daß es neben den unerlässlichen steuerlichen Belastungen eine scharfe Erfassung der Goldwerte aller Kapitalbesitzer vorsieht.

Die Frage der

Einigung der sozialistischen Parteien

wird ebenfalls den Parteitag beschäftigen. Heute fühlen die deutschen Arbeiter, was sie der Spaltung verdanken. (Sehr richtig!) Wir hätten als einzige Partei die Macht in der Hand gehabt. Orgeles und Stahlheim hätten sich nicht bilden können. An Einigungsmüssen und Einigkeitssehnsucht lassen wir uns im Parteivorstand von keinem Parteigenossen übertreffen. Woher kommt der Einigungswille bei den Unabhängigen? Keine Faktion, keine Wahl hat uns bisher den stolzen Namen der Mehrheitspartei rauben können. Erst als den Unabhängigen die Luft ausging, zeigten sie sich der Einigung geneigter. Was die Kommunisten betrifft, so haben wir durch die Unvorsichtigkeit eines ihrer Redakteure erfahren, daß die Kommunisten in Deutschland noch 161 146 Mitglieder haben, während sie in Berlin, in dessen Rathaus sie Bogerkämpfe aufführen und vor „revolutionärem“ Elan überschäumen, ganze 20 262 Mitglieder zählen. Wir galanisieren die Unabhängigen und die Kommunisten. Die Zeit ist ein Faktor, der ausgleichend wirkt und der Gedanke der Demokratie wird den Sieg davontragen.

Bei der

Programmdebatte

sehen wir wieder den Radikalismus Burzelbäume schlagen. Allerdings einen anderen Radikalismus, als wir ihn früher kannten. Das Erfurter Programm ist überholt, denn mit Stolz können wir feststellen, daß die Forderungen des praktischen Lebens erfüllt und zum Teil in der Reichsverfassung verwirklicht sind. Richt der Parteivorstand, sondern die Programmkommission ist verantwortlich für den Programmwurf. Der Parteivorstand war der Auffassung, daß die Parteigenossen den Weg der Programmberatung mitmachen sollen und daß die einzelnen Bezirkstage dazu ebenfalls Stellung nehmen sollen. Etwas mehr Achtung vor den Genossen, die am Entwurf mitgearbeitet haben, sollte die Parteigenossen veranlassen, vorsichtiger in der Kritik zu sein. Es kommt gar nicht darauf an, ob der Bödeliger Parteitag dem neuen Programm den Namen gibt oder ein anderer. Ein Programm, das in diesen unsicheren Zeiten aufgestellt wird, kann nicht Anspruch erheben auf lange Lebensdauer.

Der Parteitag wird den Weg zu finden wissen, der zum Programm führt, und wir sollen die Hülle geistiger Arbeit anerkennen, die in dem vorliegenden Entwurf zusammengetragen ist.

In allen Kämpfen der Zukunft werden wir aufrecht unseren Weg zu gehen haben, gegen rechts und gegen links. Wir haben unter dem roten Banner für die Republik gekämpft. Zeigen wir nun neben den roten Fahnen die schwarz-rot-goldenen. Die Arbeiterjugend in Bielefeld ist vorangegangen, indem sie in der roten Fahne die schwarz-rot-goldene Geköpf führte, und beweisen wir, daß die deutsche Sozialdemokratie eintritt für den Schutz der deutschen Republik, daß sie die Vorhut des Sozialismus und der Welt-demokratie ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Bezirksparteitag unterstrich die Ausführungen des Genossen Wels durch eine lebhafte Diskussion und nahm die vom Redner vorgeschlagene Entschließung einstimmig an.

Vor der Rede des Genossen Wels hörte der Bezirksparteitag einen Vortrag des Genossen Otto Braun über

Interessengegenstände im landwirtschaftlichen Groß- und Klein-betrieb.

Er führte etwa folgendes aus:
 Der alte Viehtrieb hat 1860 in einem Briefe an Bracke geschrieben, daß wir die Bauern nicht brauchen, um eine Revolution zu machen, daß aber keine Revolution sich halten kann, wenn die Bauern dagegen sind.

Das ist für Deutschland nur bedingt richtig. Es gilt aber noch heute bedingungslos für Rußland, in dem 88 Proz. der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, oder auch für Bayern, um eines der deutschen Länder zu nennen, wo noch etwa 50 Proz. der Bevölkerung landwirtschaftlich arbeiten. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß die wirtschaftspolitische und reinpolitische Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung weit über die Zahl der Berufsangehörigen hinausgeht, denn wir sind bei der Kaufkraft unseres Geldes bzw. der Ernährung des Volkes in der Hauptsache auf die Erzeugnisse der inländischen Landwirtschaft angewiesen. Jede Regierung wird schwach sein, die die Landwirtschaft gegen sich hat. Daher muß auch der

Tätigkeit des Landbundes

erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Der Landbund hat sich das Ziel gesetzt, die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung gegen die städtische Bevölkerung zusammenzuführen und sie insbesondere gegen die republikanische Regierung aufzubringen.

Im Jahre 1907 gab es 16 1/2 Millionen in der Landwirtschaft Tätige, von diesen waren 9,5 Millionen (davon 4,5 Millionen Frauen) in der Landwirtschaft hauptberuflich beschäftigt. Aber diese rein landwirtschaftliche Bevölkerung ist nicht homogen, sondern besteht aus den verschiedensten Klassen. Etwa drei Millionen Kaufleute stehen an sich in schroffem Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Arbeitgebern. Ueber die Agitation unter diesen Kreisen besteht innerhalb der Partei keine Meinungsverschiedenheit. In den archagrarischen Kreisen ist man sich darüber klar, daß das Vorhandensein dieser Schicht ein großes Gefahrenmoment für sie darstellt. Sie versuchen daher, in die Tarifverträge Bestimmungen über die abnehmende Lohnsala hineinzubekommen, die sich nach den Schwankungen der Getreidepreise richtet. Als Minister habe ich mich gegen eine solche Bestimmungen scharf ablehnend verhalten. Leider ist

ein solcher Vertrag bereits in Schlessen abgeschlossen worden. Durch wird einmal der Arbeiter auf ein sehr schwankendes Einkommen angewiesen, denn schließlich werden die Getreidepreise auch einmal sinken. Dann aber hat der Landarbeiter ein Interesse an der Hochhaltung der Preise, er würde in einen schroffen Gegensatz zur städtischen Bevölkerung kommen, und das ist das Ziel des Landbundes. Dagegen müssen wir uns energisch wenden. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft und er hat dafür seine Bezahlung zu fordern.

Welche Gegensätze bestehen nun zwischen Groß- und Kleinbesitz? In der Stadt erschlagen der Großkaufmann, der Warenhausbesitzer und die Großbanken die Kleinen. Auch in der Landwirtschaft ist der Kleinbesitzer beim Verkauf seiner Produkte anders gestellt als der Großgrundbesitzer. Aber trotzdem ist hier nicht der Gegensatz vorhanden wie in der Stadt. Der Kleinbesitzer kommt bei den Preisen, die der Großbesitzer fordert, immer noch ganz auf weg. Die Vorteile der wissenschaftlichen Arbeitsmethoden, der Mechanisierung der Landwirtschaft, die der Großbetrieb sich nutzbar gemacht hat, gleicht der Kleinbesitzer teilweise durch eine größere Intensität der Arbeit aus, und vielfach bedient er sich ebenfalls bereits der technischen Errungenschaften. Auch die Ausdehnung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens hat dazu beigetragen, den Kleinen Bauer dem Großgrundbesitzer immer gleichwertiger zu machen. Bereits 1912 hatten wir 2000 solcher Genossenschaften aller Art und ihre Zahl nimmt dauernd zu. Aber die Leiter dieser Genossenschaften sind häufiglich bemüht, diese nicht in die eigentliche Betriebsführung eingreifen zu lassen. Man will verhindern, daß der gemeinschaftliche Gedanke in den Köpfen der Bauern Eingang finden könnte. Das ist auch bis zu einem gewissen Grade gelungen.

Ein tiefgehender Gegensatz wirtschaftlicher Natur besteht zweifellos zwischen Groß- und Kleinbesitz in der Landwirtschaft. Dieser Gegensatz ist Jahrhunderte alt. Der Kampf der Bauern ging stets um den letzten Resten Besitz. Bei der Bauernbefreiung vor 100 Jahren wurde ein Teil der Bauern nicht nur von seinen Lasten, sondern auch von seinem Besitz befreit und so zu besitzlosen Landarbeitern heruntergedrückt. Wenn durch revolutionäre Ereignisse die Bande frommer Scheu gelöst werden, macht sich der Landhunger elementarer bemerkbar.

Auch die Sowjetleute haben dem Rechnung tragen müssen. Wir haben ja in Deutschland auch ein Erbschaftsgesetz, daß dem Landhunger der Kleinen in gewisser Hinsicht Rechnung tragen sollte. Leider aber ist der Landhunger dort am größten, wo der meiste Großgrundbesitz vorhanden ist, und dort kann das Erbschaftsgesetz nicht zur Anwendung kommen. Wenn man dem Kleinbesitzer Land verspricht, wird man momentan eine sehr zugkräftige Parole haben. Aber, wenn man nachher diese Versprechungen nicht erfüllt, treiben wir die Leute dem Landhunger in die Arme. So hat z. B. der Demokrat Dr. Bahne mit solchen Versprechungen gearbeitet, und als sie nicht erfüllt werden konnten, hieß es dann: „Der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister will diese Forderungen nicht erfüllen.“

Es fehlt jedes einwandfreie Material, die Frage zu entscheiden, ob der Groß- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft produktiver arbeite. Sehr lang ist in der Partei viel Zeit mit dieser Frage verschwanden worden, während die Konserativen draußen auf dem Lande für sich wirkten. Die Deutschnationalen erklärten stets, daß der Großbetrieb lukrativer sei. Wenn es aber gilt, Steuern zu zahlen, dann erleben wir das Merkwürdige, daß die großen Güter viel geringeren Ertragswert haben als die kleinen.

Bei der Einschätzung zum Reichsnotopfer ist der Kleinbesitz mit 60-80 M. pro Morgen besteuert worden, der Großbesitz aber mit 25-40 M. Das entspricht einem Ertragswert von 1200-2000 M. beim Kleinbetrieb, von 600-1600 M. beim Mittelbetrieb und von 500-1200 M. pro Morgen beim Großbetrieb. Das muß den Kleinbesitzer geizig machen. Wir müssen den Bauern die Grundbesitzfrage noch und nach klarmachen und ihr Landbegehren in vernünftigen volkswirtschaftlich zu verantwortenden Grenzen zu unterziehen. Wir müssen ihnen sagen, daß in der Gemeinwirtschaft er zwar für die Allgemeinheit arbeitet, aber die Allgemeinheit auch für ihn eintritt, wenn er durch irgendwelche Ereignisse um den Ertrag seiner Arbeit gebracht wird. Wir können für das unbeschränkte Nutzungsrecht eintreten. Die Erträge der Domänen- und Zeitpächter sind nicht geringer als die der Eigentümer.

Mit allem Nachdruck müssen wir auf dem Lande darangehen, den demokratischen Gedanken unter die Bauern zu tragen und sie von der Abhängigkeit von den Dunkeln zu befreien. (Lebh. Beifall.)

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:
Der Parteitag des Bezirksverbandes Brandenburg nimmt mit Empörung Kenntnis von den Unwesen des Brandenburgischen

Landbundes zur Durchführung eines Kleinerungsstreiks und dem Landhunger des Reichslandbundes.

Der Parteitag stellt fest, daß die Landwirtschaft von allen Steuergesetzen der Nachkriegszeit so gut wie völlig verschont geblieben ist und daß ihre Steuerleistung in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Besitz steht, während dessen die Lohn- und Gehaltsempfänger ihr Einkommen restlos versteuern müssen.

Der vom Landbund in Aussicht gestellte Kleinerungsstreik ist organisierter Kindermord; ihre Arbeiter stellen sich damit außerhalb der Volksgemeinschaft und müssen dementsprechend behandelt werden.

Der Parteitag fordert die Reichsregierung auf, mit allen staatlichen Machtmitteln rücksichtslos gegen dieses Treiben vorzugehen. Die Parteigenossen in der Provinz werden aufgerufen, mit aller Kraft den Kampf gegen diese Volkseinde durchzuführen.

In der

Diskussion

wurde die Aufhebung der Gutsbezirke gefordert. Die Ausführungen des Genossen Braun wurden im allgemeinen unterstrichen und der Wunsch geäußert, daß das Referat gedruckt werde.

Im Schlusswort betonte Genosse Braun nochmals, daß wir die Siedlungsbestrebungen unterstützen und bis zur Größe einer Ackerparzelle dem Landbegehren Rechnung tragen müssen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Wilhelm Krüger, Berlin, Hugo Hoffmann, Frankfurt a. O., Georg Steinbrücker, Meserich, Karl Jäger, Berlin, Erich Lepinski, Köstritz, Wilhelm Riehlke, Forst i. L., Paul Voigt, Brandenburg a. N., Frau Elisabeth Weische-Kottbus, Fiksch, Belsen, Wilhelm Stiering, Berlin, Franz Matthey, Kottbus.

Zur Wohlfahrts- und Reichsfrauentag wurden die Genossinnen Elisabeth Weische-Kottbus, Elisabeth Seifert-Potsdam.

Durch ein Schlusswort des Genossen Otto Sydow, Brandenburg a. N., mit demselben Geiste weiter zu arbeiten und so kämpfen für die Sache des Sozialismus, wurde der Parteitag kurz nach 6 Uhr geschlossen.

Gustav Heller

Ganz unerwartet kommt uns die schmerzliche Nachricht, daß Genosse Gustav Heller, Mitglied des Preussischen Landtags, an den Folgen einer Operation verstorben ist. Durch seinen Hingang erleidet die Berliner Partei und die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags einen schmerzlichen Verlust.

Von Geburt ein Süddeutscher und zu Anfang seiner Laufbahn in Süd- und Westdeutschland tätig, hat Gustav Heller es verstanden, sich in kurzer Zeit in der Berliner Parteigenossen zu erwerben. Er war am 17. Mai 1878 in Stuttgart geboren, hat also nur ein Alter von 43 Jahren erreicht. Von Haus aus Mechaniker, wandte er sich mit großem Eifer der Genossenschaftsbewegung zu, in der er seit 1909 einen Vornamenposten bekleidete. Während des Krieges war er wieder in der Fabrik tätig, was für seine spätere Laufbahn von entscheidender Bedeutung sein sollte. Dank seiner organisatorischen und geistlichen Fähigkeiten wurde er bald Vertrauensmann der Berliner SPD-Metalarbeiter. Am 9. November 1918 gehörte er zu jener Arbeiterdeputation, die zusammen mit Ebert und Braun beim Reichskanzler Mag von Baden erschien, und ihn zum Rücktritt veranlaßte. Noch kurz vor der Revolution hatte er mit einem Kreis gleichgesinnter Offiziere — leider erfolglos — auf die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien hingearbeitet. Eine Zellung gehörte Heller auch dem Zentralrat der Arbeiter an. Bei den Wahlen zur Preussischen Landesversammlung wurde er von den Berliner Parteigenossen in das Preussenparlament entsandt. Die Fraktion wählte ihn zu ihrem Sekretär. Dieses Amt führte er auch fort für die heutige Preussische Landtagsfraktion, der er wieder als Vertreter Berlins angehört.

Wer mit dem Verstorbenen in persönliche Bekanntschaft kam, der wußte seinen unermüdblichen Arbeitsifer, seine Beschlagenheit auf allen Parteigebieten, vor allem aber die freundliche und lebenswürdige Art, mit der er jedermann begegnete, und den vielfach an ihn herangetretenen Wünschen gerecht wurde, zu schätzen.

Noch bis in die letzten Wochen hat der Verstorbenen mit den Fraktionsmitgliedern des zurzeit in Ferien befindlichen Preussischen

Landtags einen regen Schriftwechsel geführt. Dann mußte er sich wegen eines schmerzhaften Leidens einer Operation unterziehen, die an sich ungefährlich erschien und die er auch glücklich überstand. Nun hat ein plötzlicher Herzschlag einem arbeitsreichen Leben im Dienst des Proletariats ein Ende gesetzt. Die Partei und insbesondere die Berliner Genossen werden Gustav Heller ein ehrendes Andenken bewahren.

Das durch den Tod des Genossen Heller freigewordene Landtagsmandat fällt nach der Reihe der Vorschlagsliste an Gen. Rektor Heinrich Bahke.

Der Geldgeber der Deutschvölkischen!

Von den Deutschvölkischen ist der Deutschnationalen Partei oft der Vorwurf gemacht worden, daß ihr Antisemitismus einen verächtlichen Beigeschmack habe, weil die Deutschnationale Partei mit „Judenbrot“ finanziert werde. Vor einiger Zeit brachten wir eine Zusammenstellung, aus der allerdings hervorging, daß für Herrn Hergt und seine Genossen trotz aller Judenbekämpfung jüdisches Geld wirklich nicht riecht. Auf die Deutschvölkischen würde ein solcher Vorwurf natürlich nicht zutreffen, ihre Geldquellen sind weit entfernt von jenen, die wir oben erwähnten. — Karl Köhn, der Inhaber des verkrachten Wettfergers!

Es war hier schon die Rede davon, daß der „Volksbeglücker“ Karl Köhn ein früherer Vorkämpfer der Deutschvölkischen gewesen ist. In der gestrigen Städtigerversammlung in Sirkus Busch wurde nun mehrfach von den „trauernden Hinterbliebenen“ die indirekte Frage aufgeworfen, was es mit einer gewissen Summe von zwei Millionen Mark auf sich habe. Diese zwei Millionen seien von einer Großbank für die Köhn gehörende Höflichkeitsbank abgehoben worden, aber „irrtümlich“ der Deutschvölkischen Bank übergeben worden, die nunmehr die Herausgabe verweigert.

Die neugierigen Frager, die nur ein privates Interesse trieb, bekamen keine befriedigende Auskunft. Aber die Öffentlichkeit hat hier ein gewisses Recht mitzufragen, wie die Köhnschen Millionen gerade auf die Deutschvölkische Bank gelangt sind, und wer schließlich das Geld in seine Tasche gesteckt hat, während die betrogenen Einzahler ihren Einlagen nachtrauern. Köhn, der wie sein Kollege Kante, ein gewaltiger Held der Rede und der Schrift ist, hatte vor einigen Monaten über die Juden geschrieben:

„Sie lachen ganz still und heimlich und sagen sich: Was jammert ihr Dummen, der Kluge hat nicht nötig zu jammern, er lacht — es wird ja nur die Dummheit befestigt.“

Köhn (er heißt wirklich Köhn, nicht etwa Kohn!) scheint die Psychologie der Juden studiert zu haben an den deutschvölkischen Kreisen, zu denen er selber gehört.

Judendorff unter Schupo-Schutz.

Frankfurt a. d. O., 22. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am gestrigen Sonntag fand hier der „Generalsappell“ des ehemaligen Regiments der Leibgrenadiere statt. Zu diesem Zwecke hatten sich die hiesigen Nationalisten Judendorff versammelt. Dieser hatte in einem Privathaus Quartier genommen und sich zu seiner persönlichen Sicherheit eine Wache von Schupo-Polizisten erbeten. Zu gleicher Zeit mit der militärischen Feier veranstalteten die freien Gewerkschaften eine große Gegendemonstration, an der sich mehr als 9000 Arbeiter beteiligten. Gegenüber diesem großen Aufgebot der Arbeitermassen verließ die Feier der Nationalisten so lässig, daß sie in ihrer Wirkung vollkommen erdrückt wurde.

Jena, 22. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Jena fand gestern Sonntag eine Regimentsfeier der ehemaligen 10. und zugleich ein Fest der Gewerkschaften. Beide Gruppen veranstalteten Umzüge durch die Straßen. Dadurch, daß die Arbeiter und das große Publikum sich um den Zug der 10er nicht kümmerten, ermutigt, benahm sich die 10er sehr herausfordernd. Zwei Referentoffiziere in Uniform wollten mit einer schwarz-weiß-roten Fahne in den von den freien Gewerkschaften und der Ufa gebildeten Zug eindringen. Hierbei kam es zu einer Schlägerei, wobei einer der beiden Offiziere erheblich verletzt wurde.

„Der Kommunisten-Hospitant“.

Ein Zeitbild von Willi Birnbaum.

Ich weiß, wenn er diese Zeilen liest, prustet er Rache, gerät in Eifer und Zorn. Ich bin auf eine große Rede gefaßt, die so temperamentvoll werden wird, daß ich darüber nicht zur Erweiterung komme, denn er studiert den „Vorwärts“ sehr genau. Und so wird er auch dieses Spiegelbild lesen.

Ich gebe ihm gern die Zeitung und weise ihm diese und jere Ratig mit besonderer Empfehlung und dem Wunsche um Rückäußerung. Aber Aussprache über so heikle Punkte schiebt er gern hinaus — denn er ist nebenbei selbst Abonnent einer „wahrhaft revolutionären“ Zeitung, und die fordert ihn für den nächsten Tag die Antwort mündgerecht. Schlimm wird es nur dann, wenn auch sie keine Antwort findet — und das kommt bisweilen vor.

Doch mein lieber „Strumelfreund“ ist alles andere — nur kein großer Schwärmer. Mit strenger Richtermeins hebt er an und zeigt die „Heinbürgerlich-demokratische SPD. dieses und jenes „Berrats“ dieser und jener „Pringspien“. Mehr als ein „Berrat“ ist bestimmt Tag um Tag zu registrieren; aber Sonntag sind es sicher ein halbes Duzend geworden. In satirischer Umwandlung habe ich ihn einst an ein gewohntes Straßenbild erinnert, in dem der Spah eine gewichtige Rolle spielt — „von wegen der Rosinen im Kuchen“.

Ungebuldig ist der kleine, schwächliche Kerl gar gewaltig. „Was sollen wir in hundert Jahren mit dem Sozialismus — wenn wir ihn nicht erleben: Wir brauchen nicht organische, mäßliche Entwicklung, nicht Evolution — sondern Revolution!“ Oh, wie klug das kühn! Und wie ich ihm die uneigennütige Arbeit der Sozialdemokraten seit Mitte des vorigen Jahrhunderts wies, die persönliche und materielle Opfer gebracht, ohne danach zu fragen, was sie „daraus haben“ — schweig.

„Wir brauchen Aktionen, Laten!“ Mit Pathos vernahm ich's tagtäglich aus seinem Munde. Welche ich ihm alsdann „Laten“, „Aktionen“ der SPD, KPD, oder sonst eines Häß — ziert er über Spaltungen, die seine Rasse, räsioniert über die „schwankenden Gestalten der KPD“, ganz zu schweigen von der „Heinbürgerlich-demokratischen“ SPD.

Es ist kein Wunder, daß er über „Strebern“, „Futterkrüppel-drängern“, „Benzgen“, „neuen Kapitalisten“ den „Glauben“ verloren hat; es gibt nicht einen, dem er noch Idealismus zuehnt. Wir hal er ihn selbstverständlich schon zehnmal abgesprochen; das macht mich leichter untröstlich. In einer ruhigen Stunde habe ich ihn dann gesprochen, ihn geschildert, wie heute inmitten Wirtschaftsnot Abend für Abend noch Unzählige, einfache, schlichte Arbeiter Opfer an Zeit, Geld und Gesundheit darbringen, für Staat und Kommune selbstlos

werben — ohne die Aussicht, jemals „Minister“ zu werden, dafür aber den Titel „eBrräter“ einzuzheimen. Doch, als ich ihn fragte, welcher Partei er angehöre und ob er sich betätige — ward er ent-rüstet und sprach voll Zorn, „dos ginge mich den Dreck an!“

Da war ich kuriert. „Aber „ein Volkler muß ein bides Fell haben!“ sagte mir vor längerer Zeit ein gutmütiger Kommunist zum „Trost“ nach einer gestenreichen Attacke. Und so höre ich mir denn zuweilen in aller Seelenruhe eine solch leidenschaftliche Antiloggepöbel bis zu Ende an — und das soll wahrlich nicht gerade leicht sein! —, um alsdann ein paar ausschlusshaltende Fragen zu stellen. Einige wiederkehrende Antworten kenne ich bereits: Gewalt, Terror, Diktatur! Doch ich nehme diese Voraussetzung für gegeben — und frage weiter. Zuweilen kommt noch eine Antwort in Schlagwortfassung oder aber: das müssen die „Führer“ (Die verhassten!) wissen, wie sie's machen!

Daß der kleine, wortreiche Kommunisten-Hospitant auch Antiparlamentarier ist, versteht sich am Rande, darum wählt er am 16. Oktober auch KPD. — denn wenn wahr wird, was sie versprechen, ersthe noch vor dem Frühling der frühestmögliche Wunderbaum — und er „hat dann was daran!“ Mich darf er nur nicht fragen was — ich werd's ihm deutlich klären: Enttäuschungen! Ernüchterungen!

Der Schriftsteller ohne Heim. Julius Bab sendet uns folgende Zuschrift, die wir als Zeitdokument wörtlich wiedergeben: „Ich muß um Rücksicht bitten, falls es mir in der nächsten Zeit nicht vollkommen gelingen sollte, meine übernommenen literarischen Verpflichtungen zu erfüllen. Ich bin nämlich soeben mit meinem ganzen Haushalt, zu dem, einige Untermieter eingerechnet, neun Köpfe gehöre, auf die Straße gesetzt worden. Es ist dies das Werk des früheren Bädermeisters Reichle, der vor zwei Jahren Eigentümer des Reichsaules in Grunewald wurde, in dem ich elf Jahre vorher im besten Frieden gewohnt hatte. Seitdem hat er ununterbrochen an dem nunmehr erreichten Refusit gearbeitet. Die zahlreichen Behörden, an die ich mich im Laufe der Zeit um Schutz gewandt, haben teils nicht den guten Willen und teils nicht die Macht gehabt, mich zu schützen. Da meine Bibliothek auf dem Speicher steht, auch der größte Teil meiner Papiere und Aufzeichnungen mir unzugänglich ist, und ich vor allen Dingen keinen eigenen Raum zum Wohnen und Arbeiten besitze, wird meine Arbeitsmöglichkeit in nächster Zeit naturgemäß sehr beschränkt sein.“

Da ich vorerhand keine eigene Adresse habe, erbitte ich Zuschriften nach Berlin W. 50, Postkasten 67.

Das ist also der vielberühmte Bädermeister, der es erlaubt, einen lang eingesehnen Mieter obdachlos zu machen, weil der neue Eigentümer (wie wir hören) einen Major eine ständesgemäße Wohnung schaffen will. Offenbar handelt es sich um einen literarischen Bädermeister, der da meint, die Schriftsteller und Dichter müßten in den Wolken wohnen.

Der Internationale Esperanto-Kongress in Prag. „Heute ist Esperanto keine Utopie mehr, sondern ein Problem, an dessen Verwirklichung die ganze Welt arbeitet“, so lautete eines der dem 13. Internationalen Esperanto-Kongress in Prag aus allen Teilen der Welt und in großer Zahl zugegangenen Begrüßungstelegramme. Aus 43 Nationen hatte der Kongress 3000 Esperantisten versammelt, die in regem Gedankenaustausch für die Weiterentwicklung der Probleme der gemeinsamen Sprache tätig waren.

Fließend und ohne Schwierigkeiten erfolgt die Aussprache. Durch die Neben- und Vorträge der Vertreter der 43 Nationen wurde unzweifelhaft bewiesen, daß Esperanto bei allen bedeutenden Völkern wegen seiner leichten Erlernbarkeit, Anpassungsfähigkeit und Neutralität im letzten Jahre ganz unerwartet große Fortschritte gemacht hat. Besonders die Vertreter der kleinen Völker und diejenigen, deren Muttersprache nicht verbreitet ist, z. B. Japan, betonen ausdrücklich die Notwendigkeit des Esperanto für ihren Anschluß an den internationalen Verkehr. So wurde auch von allen Nationen besonderer Wert auf den Unterricht des Esperanto in den Volks- und höheren Schulen gelegt, in die es ja schon jetzt in vielen Ländern teils als Pflicht, teils als Wahlfach eingeführt ist.

In den zahlreichen Arbeitssitzungen wurden behandelt die Ausgestaltung der Esperanto-Organisation nach der wissenschaftlichen, kulturellen und praktischen Seite, wobei ein einheitlicher Zusammenschluß der bestehenden Organisationen angebahnt wurde. In den Besprechungen der Wissenschaftler, Ingenieure, Kaufleute, Juristen, Mediziner, Lehrer, Eisenbahner, Katholiken, Freimaurer, Theosophen, Studenten, Postbeamten, Arbeiter, Sozialisten, Pazifisten, Frauenbünde und vieler anderer Berufsgruppen, die Esperanto für die Durchführung ihrer Bestrebungen unbedingt brauchen, wurden wertvolle Beschlüsse gefaßt. Besonders zu erwähnen sind der gleichzeitig einberufene 1. Internationale Blindenkongress und die fruchtbringenden Sitzungen des Rosen Kreuzes.

Das Programm der Volkshöhe. Die Volkshöhe wird die neue Spielzeit am 1. September mit Carl Daubmanns „Die lange Zeit“ eröffnen. Für den weiteren Spielplan sind vorgesehen: als Eröffnungsdrama Ernst Toller's soziale Bühnendichtung „Wallenstein“; als weitere Uraufführungen: Ernst Barlach „Der tote Tag“, Rabindranath Tagore „Sankshiti“, „Wallis“ u. a.; als Klavier-Aufführungen: „König Lear“ mit Kowler in der Titelrolle, „Arioso und Quasi“. Ferner werden Konzerte mit seinem „Helmutter“, Goethe, Clemens Brentano und Holberg mit je einem Werke zur Darstellung kommen.

Die Neubauten der Berliner Museen, deren mächtige Schicksalsschicksale an Ausdehnungen emporgeschoben sind, sollen auch einen plastischen Glanz erlangen. Prof. Josef Kowler, der kürzlich verstorbenen bildhauerische Mitarbeiter Ludwig Hoffmanns, entwarf bisher ideale Frauenfiguren, deren Formgebung sich bei der Bauzeit anpaßt. Die Figur wird jetzt in ihren Größenverhältnissen an Ort und Stelle ausprobiert.

Neu von Whitman. Zwei starke Bände, die unbelante Mannheit von Carl Whitman, dem großen Sänger der Demokratie, enthalten, werden demnächst in New York veröffentlicht werden. In der Einleitung werden einzelne Perioden im Leben des Dichters auf Grund neuer Tatsachen aufgeleitet. Die Bände enthalten auch alle Artikel, die Whitman für Zeitungen und Zeitschriften geschrieben hat.

Die Folgen der Provokation.

Aus Magdeburg berichtet W.B.: Als der Verein „Stahlhelm“ in Großsajda bei Schönebeck an der Elbe heute seine Fahnenweihe begehen wollte, zu der viele auswärtige Ortsgruppen und Militärvereine erschienen waren, drang ein großer Demonstrationszug mit roten Fahnen und Propagandaschildern in das Festzelt, zertrümmerte das Inventar und rief die schwarz-weiß-roten Fahnen herab. Als man den Eindringlingen den Eintritt verweigern wollte, fielen Schüsse, wodurch eine Frau und mehrere Personen leicht verletzt wurden. Von welcher Seite die Schüsse fielen, ist noch nicht festgestellt. Auf der Straße rissen die Demonstranten die Gärten herunter und zwangen Einwohner, die schwarz-weiß-roten Fahnen einzuziehen. Berittener Polizei gelang es, die Ordnung wieder herzustellen.

Wir billigen Gewaltakte grundsätzlich nicht, von welcher Seite sie auch ausgehen. Aber daß die fortgesetzte Provokation der republikanischen Bevölkerung durch das dreiste und unverhüllte Auftreten der Gegenrevolution, zu deren schärfsten Organisationen der „Stahlhelm“ gehört, schließlich einmal derartige Folgen zeitigt, kann niemand verwundern.

Der Wortlaut der Antwort Tshis.

Genf, 21. August. (W.B.) Das Antwortschreiben, das Dcomle Tshis am 19. d. M. an den Ministerpräsidenten Brland richtete, hat nachstehenden Wortlaut:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 12. August zu bestätigen, der mich davon in Kenntnis setzt, daß folgende Entschliessung vom Obersten Rat angenommen worden ist:

(Folgt die Entschliessung.)

Obgleich es mir noch nicht möglich gewesen ist, meine Kollegen vom Rat über die Frage zu befragen, ob sie bereit wären, die in dieser Resolution enthaltene Einladung anzunehmen, habe ich die feste Überzeugung, daß sie sich im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist des Völkerbundespatentes bereiterklären werden, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese Überzeugung wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß der Oberste Rat seine Absicht bekräftigt hat, alles zu tun, was in seiner Macht ist, damit in Oberschlesien nicht Anarchie entsteht und die Beratungen des Völkerbundesrates flüchtig sind.

Aus der Diskussion, die hierüber vor dem Obersten Rat stattgefunden hat, habe ich erfahren, daß diese Angelegenheit der Prüfung des Völkerbundesrates ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung übergeben worden ist, und daß der Völkerbundsrat infolgedessen alle Freiheit hat, die Angelegenheit zu behandeln, wie er es für am wirksamsten halten wird.

Ich bin sicher, daß während der Beratungen des Völkerbundesrates alle im Obersten Rat vertretenen Regierungen von jedem Akt Abstand nehmen werden, der diese Freiheit beschränkt, oder einer unparteilichen Prüfung dieser Angelegenheit durch den Völkerbundsrat schaden könnte. Unter dieser Voraussetzung hoffe ich fest, daß der Völkerbundsrat nicht nur die in der Entschliessung des Obersten Rates enthaltene Einladung annehmen wird, sondern, daß er auch in kurzer Frist eine Empfehlung, die von allen Mitgliedern des Rates einstimmig angenommen worden ist, vorlegen können.

Der letzte Absatz der Entschliessung des Obersten Rates blies den Völkerbundsrat, die Angelegenheit mit großer Eile zu behandeln. Ich habe infolgedessen den Völkerbundsrat zu einer außerordentlichen Sitzung am 29. August nach Genf berufen. Die Worte der Entschliessung kündigten an, daß meine Kollegen vom Völkerbundsrat und ich selber dem Obersten Rat ein Schriftstück bezüglich der Schwierigkeiten erhalten würden, die die Ziehung der Grenzlinie in Oberschlesien entstehen ließ. Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß wir glücklich wären, dieses Schriftstück und eventuell eine geschäftliche Darlegung in möglichst kurzer Frist noch vor dem 29. August zu bekommen.

Kreis Rosenberg — kein Austauschobjekt.

Kattowitz, 21. August. (W.B.) Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien teilt mit: Der Bevölkerung des Kreises Rosenberg, der bei der Abstimmung mit über 68 Proz. für Deutschland gestimmt hat, hat sich große Sorge und Erregung bemächtigt, weil nach dem Zeitungsbericht über die Verhandlungen des Obersten Rates in Paris Mond George von der Möglichkeit gesprochen haben soll, den Kreis Rosenberg oder Teile des Kreises Polen zuzusprechen, als eine Art Austauschobjekt für Teile des Industriebezirks, der nach dem englischen Standpunkt ungeteilt bei Deutschland bleiben soll. Diese Sorge der Bevölkerung des Kreises ist auch in Eingaben und Beschlüssen zum Ausdruck gekommen, die vor kurzem in den Zeitungen veröffentlicht worden sind. Eine Beruhigung der Bevölkerung und eine zuverlässige Aufklärung über die Frage erschien deshalb dringend geboten. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien ist in Erkenntnis dieser Notwendigkeit durch eines seiner geschäftsführenden Mitglieder bei der Interalliierten Kommission in Opatowitz vorstellig geworden und ist ermächtigt worden, mitzuteilen, daß niemals die Absicht bestanden hat und auch jetzt nicht besteht, den Kreis Rosenberg oder Teile des Kreises als Austauschobjekt Polen zuzusprechen. Eine solche Behandlung des Kreises wäre, wie die zuständigen Vertreter der Interalliierten Kommission betonten, nicht dem Abstimmungsergebnis entsprechend.

Massenflucht der Baranya-Bevölkerung.

Belgrad, 20. August. (Pressebüro.) Die Räumung Zanktichens hat heute begonnen. Die Bevölkerung wartet in großen Massen auf die Ueberführung nach Jugoslawien. Ueber 1000 Personen sind bereits abgereist. Die jugoslawischen Behörden werden das Gebiet von Zanktichens am 22. d. Mts. übergeben.

Militärdiktatur in Angora.

London, 22. August. (W.B.) Aus Angora wird berichtet, daß eine der ersten Handlungen Mustafa Kemal Paschas nach seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der nationalen Streitkräfte ein Dekret war, durch das die Nationalversammlung aufgelöst wird.

Denin beglückwünscht Mustafa.

Paris, 22. August. (W.B.) Wie Havas aus Konstantinopel vom 19. August meldet, wolle eine russische Militärkommission unter dem Vorhinein eines Generals in Angora und hält Moskau über die Ereignisse auf dem Laufenden. Denin hat Mustafa Kemal anlässlich seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt und ihm die Versicherung gegeben, daß Moskau bereit ist, die Bedingungen zu erfüllen, die in dem russisch-türkischen Vertrag über die Entsendung von Missionen festgelegt sind.

Kommunistischer Parteitag.

Jena, 22. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In dem Saal des Volkshauses, das Ernst Abbe der Volkshochschule erbaut hat, und der 1905, 1911 und 1913 die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie beherbergte, begann heute vormittag die Tagung der KPD. Unter den circa 300 Teilnehmern befinden sich auch einige ausländische Vertreter. Die kommunistische Gewerkschaftsinternationale vertritt Josophorisch. Ein Delegierter des Exekutiv-ausschusses der Dritten Internationale soll noch kommen.

Um 10 Uhr eröffnet Orgelspiel mit der Internationale den Kongress, der sich erhebt und einstimmt. Darauf beginnt Walter Stöcker seine Eröffnungsrede mit einem Gruß an die strafgefangenen Genossen, dem Ruf nach Freilassung der politischen Gefangenen und mit der glorifizierung Sowjetrusslands. Die Renegatschwestern aller Länder, so behauptet Stöcker, wollen die

Hilfsaktion für Rußland

in konterrevolutionärem Sinne benutzen. Merkwürdig ist Stöckers Versicherung, daß keiner mehr die Einheit der KPD. zerlegen könne. (Wer versucht es denn?) Die Parteifrist infolge der März-niederlage soll auf diesem Parteitag diskutiert werden; dank der Moskauer Kongressbeschlüsse werde das gelingen.

Zu Vorschlägen werden gewählt: Pies, Friesland und Schumann-Halle. Pies übernimmt den Vorsitz.

Herker-Jena begrüßt die Delegierten unter Hinweis auf den gestrigen Jenaer militärischen Klimbin zum Regimentstag der KPD, der freilich in dem imposanten Umzug der Gewerkschaften ein erfreuliches Gegengewicht gefunden hat. Herker gedachte auch des hochsinnigen Herrn Abbe.

Josophorisch-Moskau wird mit großem Beifall begrüßt. Der Vorsitzende des russischen Landarbeiterverbandes spricht namens der Moskauer Gewerkschaftsinternationale. Josophorisch führte aus: Von den 50 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern seien bis 18 Millionen (?) Anhänger der Moskauer und Gegner der „reaktionären“ Amsterdamer Internationale. Nicht Zerstörung, sondern Eroberung der Gewerkschaften sei das Ziel.

Pies verliest aus einer Zeitung ein ellenlanges Begrüßungsschreiben der Moskauer Exekutive, das die „Regierung der Sozialdemokraten“ für die Einkerbung der Aufstandspartei verantwortlich macht, die Vertuschung der Fehler der Märzaktion verurteilt, Offensiven um jeden Preis verdammt, sich gegen die „leeren Schreihälse“ der KPD und gegen die „menschewistischen“ Beuten wendet.

Friesland verliest

ein Schreiben Denins,

der die Lage der KPD. als sehr schwierig bezeichnet. Infolge der Einigkeitstradition sei es in Deutschland zu spät zur Spaltung gekommen und der Haß gegen die opportunistische Sozialdemokratie, dieses „edleste Gefühl“, habe wiederholt die kluge Ueberlegung überhört. Die umfangreiche Abzanzelung Denins beschäftigt sich gleichfalls mit den Halbmarxisten links wie den Leviten rechts. Mit beiden sollte der Parteitag fest ausrücken. Denin tadelt die unangebrachte Polemik Levis und Klara Zetkins, die nur Paul Levi nütze, während Klara Zetkin einen Friedensvertrag mit Moskau geschlossen habe. Levis Kritik sei sachlich nicht ganz unberechtigt gewesen, aber durch ihre geradezu „jungenhafte Art“ habe sie die Aufmerksamkeit von den Fehlern bei der Märzaktion abgelenkt.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Im Zirkus.

Die Plagen des Volksbeglückers.

Klante, bekannt durch seinen in der letzten Zeit so viel genannten Witzkongers, sprach Sonntag morgen zu seinen Gläubigen. Einige Minuten Zuhörerhaft bei ihm sind die Grundlage dieses Stimmungsbildes.

Der Zirkus Busch ist scheinlich ungemütlich. Wertlos arbeiten Tischler und Zimmerer in ihm und über Sonntag wurde nicht groß aufgeräumt. Der Zirkus, ohne Beleuchtung so tot im Tageslicht, so ganz des Festtagsglanzes entkleidet, ist so recht der Rahmen für die Stimmung nach dem Zusammenbruch der Witzkongers. Mittleres Publikum oder keine Leute füllen den gewaltigen Raum; sie jähren um ihr Geld, sie saugen dem Redner förmlich die Worte vom Munde. Und Klante spricht. Der Zirkus, ja, der böse, böse Zirkus. Am liebsten schaffte er ihn überhaupt ab. Seine Gemeinde hört das so gern; ach, es ist doch so bequem, zu scheitern, und tut zudem so wohl. Dann kommt die Abrechnung mit den Banken und mit den Sportredakteuren. Die sind durchweg prämierte Schafsköpfe, nur Klante, Mag, versteht etwas von der Sache. Damit ist natürlich das Weiten gemeint. Das ist überhaupt A und D des Defens. Zeitungen, die keine Tips bringen, existieren einfach nicht, und solche, die schlechte Tips bringen oder es sich erlauben, etwas über die anrührenden Kongers zu schreiben, nun, die sollte man abbestellen. So und ähnlich ist die Stimmung. (Der „Vorwärts“ hat es sich sogar herausgenommen, Inzerate, für die die Kongers schweres Geld bezahlen wollten, nicht einmal anzunehmen.) Dabei ist doch das Weiten Lebensinhalt. Ueberhaupt die schlechten Böhne, ruft der Redner patheistisch aus. Ja, ja, bei Klante Mag verdient jeder keine Angestellte 26 000 M. im Jahr. In der Zukunft wird es überhaupt keine Lohnfragen mehr geben, jeder wird Milliardär nach eigenem Belieben und der Arbeiter trägt seine sauer verdienten Groschen nach dem Klante-Kongers, und der weilt für ihn. Begibt mit einer beängstigenden Portion Selbstbewußtsein, sprach der Kennstallbesitzer Klante für sich, lebhaft hin- und hergehend, schnarrend wie ein ablaufender Weder. Vor Schluss der Rede wurde ein mächtiger Kranz (hoffentlich war das kein Totenkranz) herein-geschleift, und draußen stand ein mit Blumen geschmücktes Auto.

Es war kein Filmstar unter den Zuhörern, und die Gemeindeglieder sahen nicht danach aus, als ob es zu ihren Gepflogenheiten gehört, im blumengeschmückten Auto durch die Straßen zu rasen. Es wird wohl für den Redner gewesen sein. Na also — „hurra, Klante Mag ist da“ — oder „die Dummen werden nicht alle“.

In die Spree geworfen.

Nächtlicher Raubüberfall auf der Oberbaumbrücke.

Ein schweres Verbrechen, das bereits vier Wochen zurückliegt, ist infolge besonderer Umstände erst gestern zur Kenntnis der Kriminalpolizei gekommen. Für seine Aufklärung hat sie eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

In der Nacht zum 18. Juli d. J. ging der 33 Jahre alte, aus Danzig gebürtige Schlosser Paul Bratopp um 1 1/2 Uhr auf dem Heimweg über die Oberbaumbrücke. Dort fielen plötzlich zwei Männer über ihn her und schlugen solange auf ihn ein, bis er zusammenbrach und liegen blieb. Nachdem sie dann seine Uhr mit Kette und seine Brieftasche mit 1500 M. an sich gerissen hatten, packten sie den Verwundeten und warfen ihn über das Geländer der Brücke in die Spree. Ohne sich über sein Schicksal weiter zu kümmern, liefen die Räuber mit der Beute davon. Der Ueberfallene konnte sich an einer Schutzbohle des Brückenpfeilers anklammern. Auf seine Hilferufe kamen Beamte der Schutzpolizei hinzu und brachte ihn an Land. Der Mann verlor unterdessen die Besinnung und wurde nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht, wo sich ergab, daß Bratopp die Sprache verloren hatte. Am Kopf und in der Wangengegend wurde schwere Verletzungen, die von Schlägen herrührten, festgestellt. Durch ärztliche Eingriffe gelang es, dem Ueberfallenen die Sprache wiederzugeben, nur daß er dauernd heiser bleibt. Erst jetzt aus dem Krankenhaus entlassen, bezog er sich zur Polizei und machte Anzeige von dem Verbrechen. Das Raubdegenat der Kriminal-

polizei nahm die Ermittlungen auf und nimmt unter Hinweis auf die Belohnung Mitteilungen im Sommer 80 des Polizeipräsidiums entgegen. In der geraubten Brieftasche befanden sich außer dem Gelde die Ausweis-papiere Les Ueberfallenen, ein Entlassungschein vom Train-Batt. 3, der ihm als Tragtierfahrer ausgestellt wurde und ein Schlossergefellensbrief vom Oktober 1915, den der Innungs-obermeister in Danzig unterschrieben hat.

Ergebnislose Nachforschungen.

Zu den Kapitalverbrechen, die die Kriminalpolizei Tag und Nacht beschäftigen, ist nicht viel Neues zu melden. Die Nachforschungen zur Aufklärung des Mordes an der Kasselerin Minna Weiners in der Potsdamer Straße hatten einen gewissen Verdacht auf einige Personen gelenkt, die früher mit der Weiners zu tun hatten. Diese Personen sind nun ermittelt worden, jedoch kommen sie nach weiteren Ermittlungen für das Verbrechen nicht in Betracht. Der Mann, den eine Zeugin am Dienstag vormittag gegen 3 Uhr und nachmittags zwischen 4 und 4 1/2 Uhr aus der Weinerschen Wohnung hat herauskommen sehen, konnte noch nicht ermittelt werden. Mehrere Zeugen, die die Verhältnisse der Ermordeten näher kennen, bestätigten, daß außer den Schmuckstücken, die bisher als geraubt galten, noch einige andere, u. a. eine goldene Halskette fehlten.

Die geheimnisvollen Verbrechen am Engelbecken sind auch noch nicht aufgeklärt. Das Abfließen des Wassers hat bis jetzt zu keinem Erfolge geführt. Die Untersuchung der gelandeten Leichenteile läßt erkennen, daß diese frisch ins Wasser geworfen sein mußten.

Schulstreik in Bohnsdorf.

In der früher zum Kreise Teltow gehörenden Gemeinde Bohnsdorf kämpft die Mehrheit der Elternschaft seit einhalb Jahren für die weltliche Schule. Die Lehrerschaft der Bohnsdorfer Gemeindegemeinschaft lehnte es ab, die Kinder in diesem Sinne zu unterrichten. Es stellte sich sogar im Laufe der Zeit heraus, daß den Forderungen der Eltern in jeder Weise entgegengeordnet wurde. Als es endlich gelungen war, zwei sozialistische Lehrer zu erhalten, die dem Wunsche der Eltern gemäß Moraiunterricht erteilten, verlor die Reaktion sofort die beiden Lehrer, hinter denen die Elternschaft geschlossen steht, aus der Schule zu verdrängen. Dem reaktionären Treiben der Regierung in Potsdam ist es gelungen, entgegen den Anordnungen der Groß-Berliner Schuldeputation, einen der beiden Lehrer auf die Straße zu setzen. Den vielfachen Bestrebungen der Eltern, den Lehrer K., dessen unsoziales und aufreizendes Treiben gegenüber der Elternschaft höchste Empörung hervorgerufen hatte, von der hiesigen Schule zu entfernen, wurde trotz aller Bemühungen nicht nachgegeben. Die Schuldeputation von Groß-Berlin hat zweimal die Veretzung des Lehrers K. seit April d. J. verfügt. Die Regierung in Potsdam dagegen unterstützte diesen Lehrer in seiner Weigerung, dieser Veretzung nachzukommen. Die Elternschaft ist jetzt gewillt, mit allen Mitteln die Veretzung des betreffenden Lehrers durchzusetzen, um den bereits entlassenen sozialistischen Lehrer wieder zu bekommen. In einer äußerst starkbesuchten Eltern-versammlung am 19. d. M. in der Gemeindegemeinschaft zu Bohnsdorf wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Die am 19. August versammelten Eltern und Erziehungsberechtigten der Bohnsdorfer Volksschüler haben mit Befremden vom dem Verhalten eines Teiles der Lehrerschaft Kenntnis genommen, das nicht nur eine völlige Mißachtung der berechtigten Wünsche der Elternschaft, sondern auch ein Beiseitdrängen und eine Verhöhnung der Groß-Berliner Schulverwaltung darstellt. Die Elternschaft verpflichtet sich, den Elternbeitrag zu unterstützen und jede seiner Anordnungen, insbesondere soweit sie die Durchführung der bereits von der Schulverwaltung bestimmten Entsetzung des Lehrers K. erreichen will, mit allen Mitteln der Solidarität zur Durchführung zu bringen und gegebenenfalls die Kinder vom Unterricht fernzuhalten.“ — Der Elternbeitrag hat beschlossen, daß die Eltern vom Montag, den 22. August, ab, ihre Kinder nicht mehr am Schulunterricht teilnehmen lassen.

Ueber einen Zwischenfall mit französischen Soldaten, der sich am 20. August am Bahnhof Friedrichstraße abspielte und bei dem die Personalien eines französischen Soldaten festgestellt wurden, wird amtlich folgendes berichtet: Am 20. August kam ein französisches Transportauto mit fünf französischen Soldaten und einem Dolmetscher von der Interalliierten Kommission Wremel und Mainz am Bahnhof vorgefahren. Mehrere der Franzosen waren anscheinend angetrunken. Das Auto hielt an der Nordseite des Bahnhofs Friedrichstraße, um dort Gepäck abzuladen, wobei die Soldaten großen Lärm machten. Es entstand ein Menschenauflauf von etwa 100 Personen. Nach Aufforderung des Polizeiwachmeisters Gutreit, etwas ruhiger zu sein, trat der französische Soldat Eduard Koefer heran, sprach mehrere Worte französisch und stieß den Wachmeister vor den Leib. Gleichzeitig sah er in die Tasche. Da der Wachmeister vermutete, daß der Soldat eine Waffe gegen ihn anwenden wollte, sah er sich veranlaßt, um einen Angriff abzuwehren, den Soldaten ans Handgelenk zu fassen und erreichte dadurch, daß dieser sich beruhigte. Der französische Soldat wurde zur Feststellung seiner Personalien auf die Bahnhofswache gebracht und sodann entlassen.

In der Aufregung erschlagen. Ein noch unaufgeklärtes Verbrechen lief in der vergangenen Nacht die Kriminalpolizei nach dem Hause Lange Straße 88, in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs. Dort hörten Mieter in der zwölften Nachstunde in der Wohnung des 38 Jahre alten Arbeiters Karl Großmann im vierten Stock des Quergebäudes Lärm. Die Polizei verschaffte sich mit Gewalt Eingang und fand in der Behausung eine Frau gefesselt und tot daliegen. Sofort wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt und die neue Nordkommission, die Kriminalkommissare Dr. Amuschot und Dr. Niehke mit ihren Beamten wurden mit der Aufklärung des Verbrechens beauftragt. Die Tote wurde festgestellt als eine 34 Jahre alte Schneiderin Emma Borekhi aus der Vappelle 77. Nach dem Ergebnis der ersten Besichtigung ist sie erschlagen worden. Großmann wurde verhaftet. Im ersten Verhör behauptete er, die Borekhi sei ihm 300 M. schuldig gewesen. Wegen der Rückzahlung sei es in der Nacht zum Streik gekommen. Hierbei habe er sie in der Aufregung und Wut umgebracht. Die weiteren Ermittlungen werden ergeben, ob und wie weit diese Darstellung zutrifft.

Die Mindestauskantspreise für Vollbier in Groß-Berlin sind von der Totalkommission der Gastwirts-Vereine von Groß-Berlin wie folgt festgesetzt worden: 1/2 Liter 0,75, 1 Liter 1.—, 1 1/2 Liter 1,50, 2 Liter 1,75, 2 1/2 Liter 2.—, 3 Liter 2,25, 4 Liter 2,50 M. In besseren Lokalen: 1/2 Liter 0,90 M., jedes weitere Zwanzigstel 80 Pf. mehr. Geschäfte mit höheren Aufwendungen 8 bis 8 M. das Liter, Fischbier 1,25 M.

Das Grab des germanischen Keters in Neudöna wurde der Öffentlichkeit gemäß am Nachmittag des 21. d. M. der Öffentlichkeit übergeben. Große Scharen aus allen Reichen, besonders aber aus dem arbeitenden Stande, sammelten sich dazu im Körnerpark und begaben sich, sowie das Tor geöffnet war, in den Raum des Museums, um das Grab und die vielen anderen dortigen Schätze zu schauen. Lehrer Emil Fischer kam ihnen mit Erläuterungen entgegen. Bis zum Abend hielt der Andrang an.

Im Freibad Grünau extrakt gestern nachmittag vor den Augen seiner Mutter der 16jährige Sohn der Familie Schmidt aus der Urbanstraße 35. Schmidt, der Nichtschwimmer war, hatte sich zu weit vom Strand entfernt und tauchte plötzlich unter. Da er noch zweimal hoch kam, nahmen die Anwesenden an, daß es sich hier nur um eine Spielerei handelte, wurden aber bald eines anderen belehrt. Die Wasserrettung suchte das Wasser ab, jedoch ohne Erfolg, so daß die Leiche gestern noch nicht geborgen werden konnte.

Das Wetter für morgen.

Kroden und überwiegend heiter, am Tage warm, bei mäßigen östlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Resultate der Gewerbegerichtswahlen.

Oestern fanden die Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht statt. Es wurden im ganzen abgegeben 126 553 Stimmen. Davon erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 118 348 Stimmen und damit etwa 232 Mandate. Die Liste der Deutschen Gewerkschaften erhielt 5567 Stimmen (zirka 12 Mandate); die Liste des Nationalen Gewerkschaftskartells 2596 Stimmen (zirka 6 Mandate). Die zurückgezogene Liste der Beamten erhielt 8 Stimmen. Ungültig waren 36 Stimmen. Zwei kleine Wahlbezirke stehen noch aus.

Wenn dieses Wahlergebnis auch zeigt, daß die bürgerlichen Gewerkschaften für Berlin mit ihren zirka 8000 Stimmen keinen Einfluß irgendwelcher Art haben können, so ist es bedauerlich, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft den aktiven Posten, den die Gewerbegerichte als soziale Einrichtung für die Arbeiterschaft einnehmen, nicht vollständig erobert hat. Der Magistrat hat allerdings seine Pflicht nicht in der Weise erfüllt, wie es notwendig gewesen wäre. Er hat es verabsäumt, die Wahllokale am Sonntag noch einmal zu veröffentlichen, was im allgemeinen als selbstverständlich angenommen wurde. Dadurch sind Zehntausende nicht zu ihrem Wahlrecht gekommen, weil sie nicht wußten, wo sich ihr Wahllokal befindet. Die christlichen Gewerkschaften hatten keine Liste aufgestellt mit der Begründung, daß der Magistrat die Wahl zu schnell aufgestellt habe. Es muß aber angenommen werden, daß dies nur als Vorwand dienen sollte, um ihre Schwäche zu verbergen. Die ungefähr 2596 Stimmen, die das Nationale Gewerkschaftskartell erhielt, zeigen, daß die gelbe Organisation weiterwächst und ausgedehnt werden muß.

Streikende Holzarbeiter!

Morgen vormittag 11 Uhr im Gewerkschaftshaus (großer Saal) Versammlung für die Funktionäre der Betriebe.

Jeder Betrieb bis zu 50 Beschäftigten entsendet einen Vertreter, darüber hinaus zwei. Für den Besuch der Versammlung sind Legitimationskarten herauszugeben, die auf dem Bureau, Zimmer 5, erhältlich sind. Die Kontrolle ist notwendig, damit jeder Betrieb die Möglichkeit hat, einen Vertreter zu entsenden. Die Vertreter der Betriebe haben ihren Belegschaften Bericht zu erstatten. Ohne Kontrolle wird Zutritt nicht gewährt.

Die Streikleitung.

Kampf gegen die Teuerung.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund) nahm zu dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vom 18. August d. J. Stellung, in dem auf die vorhandene allgemeine Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel und die Steuerpläne der Regierung hingewiesen wird. Nur eine Erhöhung des Arbeitseinkommens kann einen Ausgleich herbeiführen, nur eine vernünftige Steuerpolitik, die nicht in der ungeheuren Belastung des letzten Verbrauchers gipfelt, kann Milderung schaffen. Eine Verringerung der Wirtschaftspolitik im Sinne der Gemeinwirtschaft ist dringende Notwendigkeit. Die gemeinsame Front aller Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — ist zur Abwehr der dringenden Not erforderlich. In Erwägung dieser Umstände schließt sich der Vorstand des Afa-Bundes dem Aufruf des Schiedsaussschusses des ADGB vollinhaltlich an und erklart die angeschlossenen Verbände, in einheitlicher Front mit allen Arbeitnehmern gemeinsam Mittel und Wege zu suchen, die geeignet sind, der unerträglichen Herabdrückung der Lebenshaltung entgegenzuwirken.

Lohnkampf im Fleischnergewerbe.

Die in den Wurstfabriken beschäftigten Fleischnergesellen waren am Freitag abend zahlreich versammelt, um über die Forderung einer Erhöhung der bisherigen Löhne Beschluß zu fassen. Nach dem bestehenden Tarif betragen die Mindestlöhne für Gesellen im ersten Jahre nach der Lehrzeit 5,25, für Gesellen ohne verantwortliche Stellung 6,—, in verantwortlicher Stellung 6,50 M.; bei Ausbilde 10 Proz. mehr. Für etwaige Ueberstunden sind Zuschläge vorgesehen. Für gewöhnliche Kost können pro Tag 10 M., für halbe Kost 5 M. vom Lohn abgezogen werden.

Gaebler begründete in ausführlicher Weise die Forderung eines Lohnzuschlages von 40 Proz. auf alle bestehenden Löhne. Die Arbeiterschaft sei so gestellt, daß sie diese Forderung auch zahlen könne.

In der folgenden Aussprache waren mehrere Redner für eine höhere Forderung.

Es wurde während der Aussprache folgende Resolution eingebracht:

Die Versammlung der in den Wurstfabriken Groß-Berlins beschäftigten Fleischnergesellen beauftragt den Zentralverband der Fleischer und die gewählte Tarifkommission, an die einzelnen Firmen heranzutreten und den Tarifvertrag nebst einer Lohnerrhöhung von 35 Proz. durchzuführen. Für etwa gewährte Kost darf eine Erhöhung nicht getroffen werden.

Die vorstehend genannte Erhöhung um 35 Proz. wurde von den folgenden Rednern als zu niedrig bezeichnet.

Bräse schlug deshalb vor, statt 35 Proz. 40 Proz. und Abschaffung der Kost zu fordern. Mit dieser Aenderung wurde die Entschliessung einstimmig angenommen.

In seinem Schlusswort gab Gaebler den Versammelten noch wichtige Fingerzeige für das Verhalten im bevorstehenden Lohnkampf, die beherzigt werden sollten.

Zum Kampf in der Holzindustrie.

In der letzten Branchenleitung und Funktionärsitzung aller in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter und Transportarbeiter wurde zu dem Streik der Holzarbeiter Stellung genommen. Es wurde beschloffen, jede Streikarbeit abzulehnen. Kollegen, welche im Möbelhandel beschäftigt werden, haben mit dem Streik nichts zu tun. In zweifelhaften Fällen haben sich die Kollegen, ehe die Arbeit niedergelegt wird, an die Organisation zu wenden. Dienstag, abends 7 Uhr, findet bei Schulz, Königsgraben 2, eine allgemeine Versammlung unserer Mitglieder statt, in welcher zu dem Streik Stellung genommen wird.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.
Die Branchenleitung der Holzindustrie.

Nachklänge vom Zigaretten-Lohnkampf.

In einer öffentlichen Versammlung aller in der Zigaretten-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Freitag in den Germania-Sälen tagte, sprach Koch über die Lehren des bedenklichen Lohnkampfes. Er führte im wesentlichen aus, daß der Kampf nach sechswöchentlicher Dauer zugunsten der Arbeiterschaft beendet worden sei. Die Maschinenführer haben nicht nur die Einstellung zu den früheren Bedingungen erreicht, sondern auch die Forderung auf Urlaub bis zu 17 Tagen und Krankheitsbezahlung bis zu 18 Tagen bewilligt erhalten. Redner tadelt dann in schärfster Weise, daß die Leitung des Tabakarbeiterverbandes sich mitten im Kampfe mit den Arbeitgebern in der Zigaretten-Industrie in Verbindung gesetzt und Abmachungen mit ihnen getroffen habe zum Schaden der Maschinenführer. Der Tabakarbeiterverband habe sein Vorgehen damit begründet, daß alle beteiligten Organisationen vor Eintritt in den Lohnkampf gemeinschaftlich verhandeln müßten. Daraus könne keine Berechtigung hergeleitet werden, mitten im Kampf etwas zu tun, was die Kämpfenden schädige.

Von den anwesenden Vertretern der übrigen eingeladenen Organisationen sprach zunächst Ulrich, der das Verhalten des Tabakarbeiterverbandes ebenfalls streng tadelte. Nach Beendigung des Kampfes wäre es Zeit gewesen, die strittigen Fragen in aller Ruhe zu klären.

Krüger (Buchbinderverband) erklärte, auch seine Organisation habe von dem Eintritt in den Lohnkampf nichts gewußt. Der Kampf hätte gemeinschaftlich geführt werden müssen.

Hille (Transportarbeiterverband) bemerkte, es hätten Verhandlungen zu einem gemeinsamen Zusammenarbeiten stattgefunden. Kasper (Afa-Bund) verurteilte ebenfalls das Verhalten des Tabakarbeiterverbandes. Aus den zur Rede stehenden Vorgängen möge die Lehre gezogen werden, daß es nötig sei, die beteiligten Organisationen zu einem Kartell zusammenzuschließen.

Eine Resolution, welche die Handlungsweise der Vertreter des Tabakarbeiterverbandes verurteilt, wurde einstimmig angenommen.

Streifenachrichten.

In Döberitz sind am Sonnabend die Arbeiter der städtischen Betriebe in den Ausstand getreten. Zur Verrichtung der Notstandsarbeiten wurde die Ortsgruppe der Technischen Hilfsmittel im Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk eingesetzt. — In Rannheim sind am Sonnabend sämtliche Mühlenarbeiter in den Streik getreten. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses war ihnen eine Lohnzulage von 1,25 M. pro Stunde und von 0,75 M. für jede Arbeiterin zugesprochen worden. — Der Streik in Lilla hat an Ausdehnung zugenommen. Die Minenarbeiter treten in einen Abwehrstreik gegen die Kürzung ihrer Löhne. Die Transportarbeiter in Roubaix und Tourcoing werden heute in den Streik treten, um die Forderungen der Textil-

arbeiter zu unterstützen. — Vor zwei Tagen explodierte vor der Handelskammer in Reubitz eine Bombe, wodurch einige Fenster scheiblen zertrübert wurden. Werden Unruhen gebraucht? — Der Streik des holländischen Kaffeehaus- und Restaurationspersonals ist beendet. Die Hoteliers haben jetzt 870 über früheren Angehörigen ausgeschlossen, hiervon in Amsterdam allein 417.

Achtung, Zimmerer! Zu den von uns bisher als gesperrt bekanntgegebenen Betrieben kommen noch folgende hinzu: Deutsche Kabelindustrie: Niederschöneweide, Norddeutsche Kabelindustrie Reutal, Kuhnheim in Niederschöneweide und Kahlbaum, Adlershof.

Beiter haben wir zu den Anträgen des Betriebsrats der Schuid heiß-Papenhofer-Betriebe, veröffentlicht in Nr. 391 des „Vorwärts“ vom 20. August, zu sagen: Die Zimmerer in allen Berliner Brauereien stehen nicht unter dem Tarif des Brauereigewerbes. Der Zentralverband der Zimmerer steht nur im Tarifverhältnis mit dem Verband der Baugeschäfte Groß-Berlin. In § 1 unseres Tarifvertrags heißt es ausdrücklich: „Dieser Lohn- und Arbeitsvertrag gilt für alle Arbeitsstätten, wo Zimmerarbeiten ausgeführt werden.“ Die Sperre wird somit aufrechterhalten, weil die Zimmerer nicht zu den neuen Löhnen eingestellt werden.

Der englische Bergarbeiterkongress hat eine Resolution angenommen, worin der Verwaltung ausgetragen wird, die Nationalisierung des Bodens der Bergwerke und Eisenbahnen zu forcieren und Schritte zu unternehmen, daß alle Arbeiter diesen Versuch unterstützen.

Gewerkschaftsausschüsse des 13. Bezirks, Tempelhof, Dienstag 5 Uhr: Sitzung der Ausstankmitglieder sowie der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte bei Streiter, Chausseestr. 27. Stellungnahme zur Reichstagswahl.

Deutsche Filmgewerkschaft, Gruppenversammlungen, Fabrikationsarbeiter und Photographen, Dienstag 5 1/2 Uhr — Arbeiter und Sanftwerker, Mittwoch 4 Uhr. Beide Versammlungen im Bureau, Charlottenstr. 6, Sitzungssaal.

Zentralverband der Angestellten, Generalkonferenz, Mitgliederversammlung Dienstag 5 Uhr, Arminshallen, Kommandantenstr. 55/56. — Betriebsversammlung aller Häuser der Firma S. Liep, Dienstag 7 1/2 Uhr, Hagerstr. 10, Neue Friedrichstr. 35.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Freitag 7 Uhr Mitglieder- versammlungen: Chemische Industrie, Hagerstr. 10, Neue Friedrichstr. 35. — Metallindustrie: Kottbus-Str. 10, Kaiser-Wilhelmstr. 31.

Sport.

Kennen zu Grunewald, Sonntag, 21. August.

Dem Jovin-Jagdrennen wurde großes Interesse entgegengebracht, beteiligten sich doch an ihm der in Prag beheimatete Don Kozal und der Ungar Gyere telem. Don Kozal scheiterte bereits am Graben und Gyere telem nahm bei den Sprüngen so viel aus sich heraus, daß er beim Einkauf nicht Boden genug gutmachen konnte. Das reiche Rennen wurde eine sichere Beute für Tarlatan.

1. Androclos-Jagdrennen 25 000 M. 3200 Meter. 1. Furchtlos (Eisenfell), 2. Patella (Stg), 3. Merkur (H. Kuhnle). Tot: 38:10. U: 15, 14, 22:10. Ferner: Gleicher, Robert, János Das (ang.), Belle, Argimilian. — 2. Preis von Rarjom. Ehrenpr. u. 80 000 M. 3800 Meter. 1. Drusus (Kardel), 2. Barbar (Rada), 3. Bonis (Einsinger). Tot: 57:10. U: 18, 18, 19:10. Ferner: Van Demon, Reitermele, Gebhard (ausgeb.), Kullik (gel.), Botas, Gero. — 3. Dittland-Jagdrennen. 25 000 M. 3000 Meter. 1. Major (H. Kuhnle), 2. Plandern (Einsinger), 3. Palma (Salas). Tot: 30:10. U: 15, 17, 28:10. Ferner: Princep, Pomila, Silberaler, Noeiba, Putnik. — 4. Jovin-Jagdrennen. Ehrenpr. u. 80 000 M. 3800 Meter. 1. Tarlatan (Eisenfell), 2. Herbert (Eisenfell), 3. Blotzie (Einsinger). Tot: 30:10. U: 13, 15, 28. Ferner: Don Kozal (ang.), Thunmühl (gel.), Gyere telem, Gent, Randoog (ausgeb.). — 5. August-Härbennennen. 20 000 M. 3000 Meter. 1. Capitalist (Kranzlein), 2. Rucietie (Kardel), 3. Samt Martin (Khan). Tot: 64:10. U: 18, 29, 14:10. Ferner: Tymon, Sibulle (ang.), Kolgold, Dobe, Sonnenblume. — 6. Erlene-Jagdrennen. Ehrenpr. u. 25 000 M. 4000 Meter. 1. Jusianella (Korhler), 2. Saporat (Eisenfell), 3. Releba (Einsinger). Tot: 15:10. — 7. Gluckauf-Jagdrennen. Ehrenpr. u. 40 000 M. 3500 Meter. 1. Selgrade (H. Kuhnle), 2. Kappeltopf (Dg), 3. Mint Fiß (Eiser), 4. Meisterin (H. Schol). Tot: 32:10. U: 16, 20:10. Ferner: Rolan (ang.).

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage füge man einen Aufhänger und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof part. links, vor. Schriftsätze und Briefe sind mitzubringen.

§ 1. 10. Einweilen ist die Schulgebäudeausstellung mit ein Vorhaben der Schuldeputation. Nun hat der Magistrat zu beschließen und dann die Stadtordeordnetenversammlung. Bis auf weiteres zahlen noch alle das gleiche Schulgeld.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Kreiszeitung: H. Wiede, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Bezirksverb. Berlin SPD
11. Kreis (Schöneberg).
90. Abteilung.
Unser Genosse
Eduard Knobloch
Schuhmachermaschinen
Schöneberg, Rudowstr. 21
ist verstorben.
—
Ohne seinem Andenken!
Die Beerdigung findet
am Dienstag, 20. August,
nachm. 1/4 Uhr auf dem
Friedhof „Friedhof“, Ma-
ttenhöhe 1241/12
Raheliche Beteiligung er-
wünscht.
Die Abteilungsleitung.

METROPOL
Schorfstraße 54
7 1/2 Uhr.
Das sensationelle
Salon-Eröffnungs-
Programm

Rose-Theater
8 Uhr
Jugend

Flechten
So gut wie am ganzen Leib dem
Flechten, welche
sich durch das ganze
Juden-Lager u. Markt befinden.
In 14 Tagen hat Zucker's
Patent-Medikament-Sette das
Aebel beseitigt. Diese Sette
ist kumerte wert. Erg. Nr.
Das Zucker-Creme (nicht
etwas zu fettig), in allen
Apotheken, Drogerien und
Parfümerien erhältlich.

Seineweber

Berlin Köllnische Fischmarkt 4-6

In eigenen Werkstätten hergestellt, daher billig und doch solide!

Fertig am Lager:

Einsegnungs-Anzüge

Blau Cheviot zweifelhige Form . . . M. 320.—	Blau Cheviot ein- u. zweifelh. Form . M. 630.—
Melton Cheviot blau, ein- und zwei- felhige Form . . . M. 425.—	Blau Kammg.-Chev. ein- u. zwei- felh. Form M. 680.—
Blau Cheviot einreihige Form . . . M. 575.—	Marengo Melton ein- u. zweifelhige Form . . . M. 700.—
Schwarz Cheviot einreihige Form M. 580.—	Schwarz Cheviot zweifelhige Form M. 810.—
Blau Melt.-Cheviot zweifelh. Form M. 590.—	Blau Kammg. Twill ein- und zwei- felh. Form M. 1050.—

Besonders billiges Angebot in farbigen Jünglings-Anzügen . . . M. 245⁰⁰
Zum Schulbeginn: Billige Waschanzüge in Blusen- und Joppenform.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X II, 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Rudow 185, 1209, 1087, 9714
Dienstag, den 23. August, nachmittags 4 1/2 Uhr,
im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18a:
Branchen-Versammlung
der Grubeure und Ziseleure.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. a) Wahl der Branchenleitung;
b) Wahl der Branchenkommission. 3. Stand unserer Be-
wegung (Bericht von der Reichstagsverhandlung). 4. Ver-
schiedenenes.
Das Erscheinen eines jeden Redners ist unbedingt Pflicht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Reichhaus Friedhofstraße 2
(Haller'sches Hof), verkauft
loosbändig Herren-Anzüge,
Sutemann, Wäster, Schiller,
Hofen, Kreuzschle, Silber-
schle, Kleinfische, Reine
Bombardiere.

Wäster, wirklich gute
Stoffe, keine Verarbeitung,
325.—, Extraanfertigen 75.—
mehr. Billige Besagene
für Wästerverfäher, Privat-
personen. Werthalt Elasser
Straße zwangig, bodenporete.

Lombard-Haus

H. Graf, Leipz. Str. 75 II
Höchste Belebung
Diskret., Realität
Gegenüber-
Kauf, Uhren,
 Brillanten,
 Schmuckachen.
10-50% unter Ladenpr.

Jagdgewehre

Automatische Pistolen
u. s. w., Verkauf, Versand, Umkauf
Gewehr-Jahrbuch

Gustav Rätzel, Berlin
Markgrafstr. 50.

Abschriften

Adressen,
Diktate,
Verzeich-
nisse, Veröffentli-
chungen übernimmt Adler,
Frobenstr. 3, National 1640.

Kaufe ständig zu höchsten Preisen

Gold-Platin-Silber-Münzen

Neuhaus, Roßstr. 8

Bruch
Ketten
Uhren
Lagen

Erhältlich in Apotheken
und Drogerien. Apotheker
Otto Pfeiffer & Pöhler,
Berlin N. 63, Schulstraße 16.

L'AUSE

nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwa-
ben werden radikal vernichtet durch

PFEIFFEROL